

<b>Mindestlohn:</b>	
Mit 8,50 Euro im europäischen Mittelfeld	2
<b>Arbeitsrecht:</b> Kirchen missachten Grundrechte	3
<b>Wirtschaftspolitik:</b>	
„Weiter so“ bremst Wachstum und Jobs	4
<b>Weihnachtsgeld:</b>	
Alle Jahre wieder: Tarifvertrag lohnt	6
<b>Öffentlicher Dienst:</b>	
Immer älter, immer weniger	7
<b>Fiskalpolitik:</b> Öffentliche Investitionen helfen	8
<b>TrendTableau</b>	8

## NIEDRIGLÖHNE

# Deutschland steht schlecht da

Ein gesetzlicher Mindestlohn in der Größenordnung von 8,50 Euro würde das deutsche Lohngefüge erheblich verändern: Der bislang größte Niedriglohnsektor in der EU würde kleiner und die Lohnspreizung Richtung europäisches Normalmaß zurückgehen.

Es liegt an der Größe des deutschen Niedriglohnsektors: Ein flächendeckender Mindestlohn zwischen acht und neun Euro hätte weit reichende Folgen, wie eine aktuelle Eurofound-Studie deutlich macht. Die Forscher haben potenzielle Effekte eines europäischen Mindestlohns in Höhe von 60 Prozent des mittleren Verdienstes im jeweiligen Land untersucht.\* In Deutschland entspräche das einem Mindestlohn von über neun Euro pro Stunde – und fast ein Viertel der Beschäftigten hätte Anspruch auf bessere Bezahlung. In keinem anderen Land würde ein so großer Teil der Beschäftigten profitieren: Großbritannien käme auf 19 Prozent der Arbeitnehmer, die Niederlande auf knapp 14 und Frankreich auf 12 Prozent.

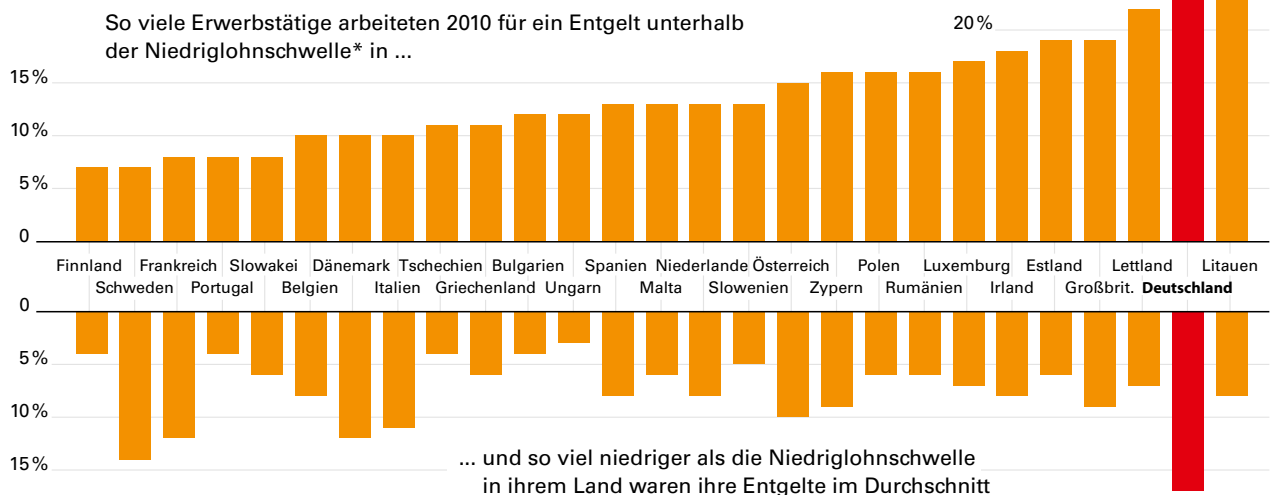
Doch nicht nur der Anteil der Arbeitnehmer unter der 60-Prozent-Schwelle ist in Deutschland am größten. Die Löhne unter dieser Grenze liegen im Schnitt auch noch erheblich weiter darunter als in anderen Ländern. Das heißt: Es gibt hierzulande nicht nur besonders viele Niedriglöhner, sondern sie verdienen in Relation zu den übrigen Löhnen

auch noch schlechter als anderswo. „Deutschland ist im europäischen Vergleich ein krasser Außenseiter“, sagt IMK-Abteilungsleiter Andrew Watt über die Ergebnisse der Eurofound-Untersuchung. Sicher betrafe ein Mindestlohn in der aktuell diskutierten Höhe sehr viele Beschäftigte. Aber das sei schlicht unumgänglich, wenn Deutschland seinen Sonderweg verlassen und sich in Richtung der in Europa üblichen Lohnstruktur am unteren Ende des Arbeitsmarkts bewegen wolle.

Und das müsse keine Jobs kosten. Denn die derzeit gezahlten Niedriglöhne dürften auch zu niedrigen Preisen für einfache Dienstleistungen in Deutschland führen. Entsprechend bestehe für Unternehmen ein großes Potenzial, gestiegene Lohnkosten aufgrund der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in die Preise weiterzugeben, so Watt. „Die einfache Rechnung höhere Löhne gleich Arbeitsplatzverluste greift viel zu kurz.“

\* Quelle: Enrique Fernández-Macias, Carlos Vacas-Soriano: A coordinated EU minimum wage policy?, Eurofound, Oktober 2013  
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## Niedriglöhne sind in Deutschland besonders niedrig



\* 60% des mittleren Lohns; Quelle: Fernández-Macias, Vacas-Soriano 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

# Mit 8,50 Euro im europäischen Mittelfeld

**Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde würde Deutschland keinen europäischen Spitzenplatz einnehmen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle WSI-Untersuchung.**

Deutschland läge mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro noch deutlich unterhalb des Mindestlohnniveaus in anderen westeuropäischen Staaten. Dies gilt erst recht, wenn man die entsprechende Kaufkraft des Mindestlohns berücksichtigt, wie eine Analyse des WSI-Mindestlohnexperten Thorsten Schulten zeigt.\* Auch gemessen am Medianlohn, dem mittleren Stundenlohn, den Beschäftigte erhalten, „stellen 8,50 Euro keineswegs einen ungewöhnlich hohen Wert da“, betont Schulten.

Insgesamt 21 EU-Staaten verfügen über einen gesetzlichen Mindestlohn. In fünf dieser Staaten liegt er oberhalb von 8,50 Euro. Hierzu gehören Luxemburg mit einem Spitzenwert von 11,10 Euro sowie Belgien, die Niederlande und Frankreich mit Werten zwischen 9,07 und 9,43 Euro. Selbst im krisengeplagten Irland liegt der Mindestlohn mit 8,65 Euro noch oberhalb der in Deutschland derzeit diskutierten Marke.

Der Vergleich gesetzlicher Mindestlöhne gemessen in Euro wird zudem teilweise durch starke Wechselkurschwankungen verzerrt. Dies gilt insbesondere für Großbritannien, dessen nationale Währung im Vergleich zum Euro in den letzten Jahren um mehr als 30 Prozent abgewertet hat. Ohne diese Abwertung würde der britische Mindestlohn heute ebenfalls bei mehr als 9 Euro liegen.

Für die Beurteilung der Höhe eines Mindestlohns muss darüber hinaus berücksichtigt werden, welche Kaufkraft damit verbunden ist. Um die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in Europa zu berücksichtigen, hat das WSI die Mindestlöhne auf der Grundlage von Kaufkraftparitäten neu berechnet. Eine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro würde demnach in Deutschland einem Kaufkraftstandard von 7,14 Euro entsprechen. Der kaufkraftbereinigte Mindestlohn in Deutschland würde damit etwa auf dem Niveau des Mindestlohns in Großbritannien und deutlich unterhalb der Mindestlöhne in Frankreich, den Beneluxstaaten und Irland liegen.

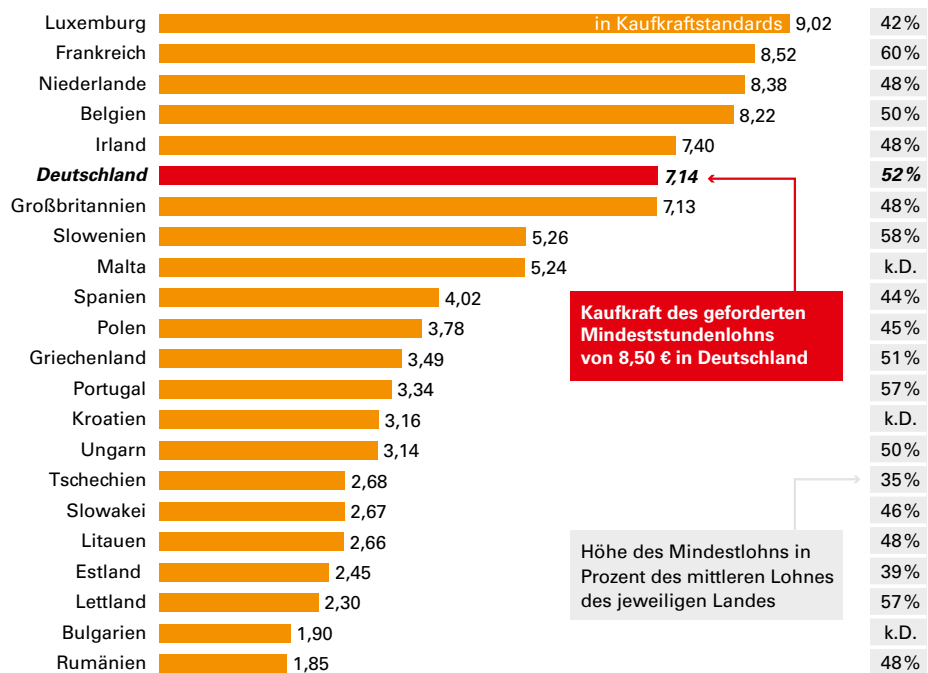
Schließlich ist von Bedeutung, wie sich der Mindestlohn jeweils zum nationalen Lohngefüge verhält. Letzteres kann

mit dem so genannten „Kaitz-Index“ gemessen werden, der den Mindestlohn als Prozentsatz des nationalen Medianlohns misst. Die entsprechenden Daten, die hierzu regelmäßig von der OECD veröffentlicht werden, basieren allerdings auf nicht-harmonisierten nationalen Datenquellen und können deshalb lediglich als Näherungswerte angesehen werden. Nach Angaben der OECD variierten im Jahr 2011 die Mindestlöhne gemessen an den Medianlöhnen von Vollzeitbeschäftigten zwischen 71 Prozent in der Türkei und 35 Prozent in Tschechien, wobei die Mehrzahl der Länder einen Wert um die 50 Prozent aufweist.

Für Deutschland hat WSI-Forscher Schulten die aktuellsten vorliegenden Daten aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit ausgewertet. Sie weist für das Jahr

## Deutschland: Mindestlohn mit Maß

Bezogen auf die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten beträgt der Mindestlohn\* in ...



Gesetzliche Mindestlöhne in Kaufkraftstandards, Stand Oktober 2013; Quelle: WSI-Mindestlohndatenbank 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

2011 einen Medianlohn für Vollzeitbeschäftigte von 2.829 Euro brutto pro Monat aus.

Bei einer 40-Stunden-Woche entspricht dies einem Medianlohn pro Stunde von 16,35 Euro. Dementsprechend würde ein Mindestlohn von 8,50 Euro im Jahr 2011 bei 52 Prozent des Medianlohns liegen. Berücksichtigt man darüber hinaus die Gehaltssteigerungen der Jahre 2012 und 2013, so entsprechen 8,50 Euro heute etwa 50 Prozent des Medianlohns. Mit diesem Wert befindet sich Deutschland lediglich im europäischen Mittelfeld. ◀

\* Thorsten Schulten ist Mindestlohnexperte im WSI. Er hat die WSI-Mindestlohndatenbank aufgebaut: [wsi.de/mindestlohndatenbank](http://wsi.de/mindestlohndatenbank)  
Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

# Kirchen missachten Grundrechte

**Beim Arbeitsrecht gehen die Kirchen einen Sonderweg: Beschäftigte dürfen nicht streiken und müssen sich zum Teil weitgehende Vorschriften für ihr Privatleben gefallen lassen.**

**Die Argumente dafür sind wenig stichhaltig.**

„Gott kann man nicht bestreiken“ – so brachte die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe 2010 ihre Haltung zum Streikrecht für kirchliche Beschäftigte auf den Punkt. Hartmut Kreß hat das Für und Wider dieser Haltung erörtert. Der Professor für Sozialethik an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn hat sich in einem Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung mit den Besonderheiten des kirchlichen Arbeitsrechts auseinandergesetzt.\* Er stellt fest, „dass die Kirchen für ihren Binnenbereich und daher auch für ihr Arbeitsrecht bis heute die Grund- und Menschenrechte nicht anerkennen“. Seiner Analyse zufolge ist diese Position weder sozial- und rechtsethisch noch theologisch zu rechtfertigen.

Wenn es um arbeitsrechtliche Fragen geht, berufen sich die Kirchen auf ihr Selbstverwaltungsrecht und die Glaubensfreiheit, schreibt der Wissenschaftler. Infolgedessen habe sich eine Art Nebenrechtsordnung entwickelt – mit Konsequenzen für zahlreiche Beschäftigte. Zusammengenommen sind die Kirchen der zweitgrößte Arbeitgeber nach dem Staat. Ihrem Leitbild zufolge sollen kirchliche Arbeitgeber und Beschäftigte partnerschaftlich zusammenwirken und Entscheidungen im Konsens treffen. Für die Tariffindung etwa ist eine paritätisch besetzte Kommission zuständig. Streiks würden diesem Konzept nach kirchlicher Lesart zuwiderlaufen: Durch sie drohe „Kampf und Konfrontation“.

Der Autor hält diese Ansicht für wenig überzeugend. Denn als Arbeitgeber verzichte die Kirche keinesfalls auf Druckmittel wie Disziplinarmaßnahmen oder Entlassungen, die wenig mit dem christlichen Ideal der Liebe und Versöhnung zu tun hätten. Dieses Ideal einseitig gegen das Streikrecht zu wenden, sei unstimmtig – zumal die Arbeitnehmer bei Interessenkonflikten in der Regel in der schwächeren Position seien. Auch dass Arbeitsniederlegungen gegen das Gebot der Nächstenliebe verstoßen, weil sie die karitative oder diakonische Tätigkeit unterbrechen, bezweifelt der Theologe. Denn zum einen richteten sich Streiks gegen Missstände bei den Arbeitsbedingungen, die der Motivation und damit der praktizierten Nächstenliebe der Beschäftigten schaden. Sie könnten also auch den Adressaten sozialer Einrichtungen nutzen. Zum anderen hätten bestreikte Einrichtungen beispielsweise die Möglichkeit, Versorgungslücken durch Not- und Vertretungsdienste zu vermeiden.

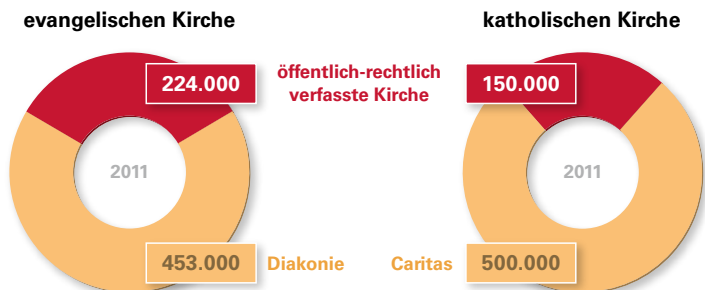
Kreß sieht das kirchliche Streikverbot auch deshalb kritisch, weil es pauschal für sämtliche Mitarbeiter gilt – obwohl sie zum Teil gar nicht Kirchenmitglieder sind und dieselbe Arbeit verrichten wie Beschäftigte in nichtkirchlichen Einrichtungen. Faktisch seien medizinische, pflegerische oder

erzieherische Tätigkeiten in kirchlichen Einrichtungen „weltliche“ Aufgaben, so der Experte. Und dass weltliche Anbieter bestreikt werden dürfen, bejahen sowohl die katholische Soziallehre als auch evangelische Quellen.

Eine angemessene Differenzierung zwischen „weltlichen“ und „verkündigungsnahen“ Tätigkeiten hält der Sozialethiker nicht nur mit Blick auf das Streikrecht für nötig. Auch bei der Einstellung und Beschäftigung von Mitarbeitern vermisst er zum Teil „sachlich begründete Kriterien“. Zwar sei ohne weiteres nachvollziehbar, dass evangelische Geistliche evangelisch sein müssen. Warum die „richtige“ Konfession Voraussetzung für eine ärztliche Karriere oder die Wahl in eine Mitarbeitervertretung sein soll, leuchte dagegen nicht ein. Auch dass sich Beschäftigte der katholischen Kirche ungeachtet ihrer beruflichen Position auf die katholische Sittenlehre verpflichten müssen, erscheint Kreß unangemessen: Wenn Arbeitnehmer wegen einer Ehescheidung oder offen gelebter Homosexualität arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zur Entlassung fürchten müssen, stehe das im Widerspruch zum persönlichen Grundrecht auf Selbstbestimmung.

## Groß-Arbeitgeber Kirchen

Hauptamtlich Beschäftigte in der ...



Quelle: Evangelische Kirche in Deutschland, Katholische Bischofskonferenz 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Die Linie der Kirche laufe darauf hinaus, ihrem eigenen Selbstbestimmungsrecht den Vorrang vor individuellen Rechten der Beschäftigten einzuräumen, konstatiert der Gutachter. Ideelle Grundlage des modernen Verfassungsstaats sei dagegen der Schutz der persönlichen Grundrechte, von denen sich die korporative Religionsfreiheit der Kirchen lediglich ableite. Das gelte es bei Interessenkonflikten zwischen kirchlichen Arbeitgebern und ihren Arbeitnehmern oder Gewerkschaften zu berücksichtigen. Dass die Kirchen sich regelmäßig für die Wahrung der Menschenrechte aussprechen, sie dem eigenen Personal aber zum Teil vorenthalten, warnt Kreß, könnte zu Glaubwürdigkeitsproblemen führen. ◀

\* Quelle: Hartmut Kreß: Die Sonderstellung der Kirchen im Arbeitsrecht – sozialethisch vertretbar? Ein deutscher Sonderweg im Konflikt mit Grundrechten, Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, im Erscheinen  
 Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

# „Weiter so“ bremst Wachstum und Jobs

Eine erfolgversprechende Wachstumsstrategie sollte anders aussehen als die Wirtschaftspolitik der Vergangenheit. Deren dominante Angebotsorientierung hat eher geschadet als genutzt, zeigt das IMK.

Die neue Bundesregierung muss die Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik für die kommende Legislaturperiode definieren. Lohnt es sich, die Strategie der vergangenen 15 Jahre fortzusetzen? Das IMK kommt in einer neuen Studie zu dem Ergebnis: \* Diese Wirtschaftspolitik, die in der „Agenda 2010“ gipfelte, hat Wachstum und Beschäftigung eher behindert als beflügelt. Isolierte positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und bei den Exporten wurden durch gravierende gesamtwirtschaftliche Nachteile überlagert, weil die Strukturreformen die Nachfrage im Inland über lange Zeit gelähmt haben. Eine alternative Wirtschaftspolitik, die weniger Druck auf Lohnentwicklung, soziale Sicherung und

extrem lange wirtschaftliche Stagnation zwischen Anfang 2001 und Mitte 2005 auf. Sie ging einher mit einem drastischen Einbruch aller drei Komponenten der Binnennachfrage: Sowohl der private als auch der öffentliche Konsum sowie die Investitionen lahmten. „Nur die Nachfrage aus dem Ausland“ habe es Deutschland ermöglicht, „überhaupt Wachstum zu erzielen“, schreiben die Studienautoren. Der Zusammenhang mit der damaligen Wirtschaftspolitik sei offensichtlich.

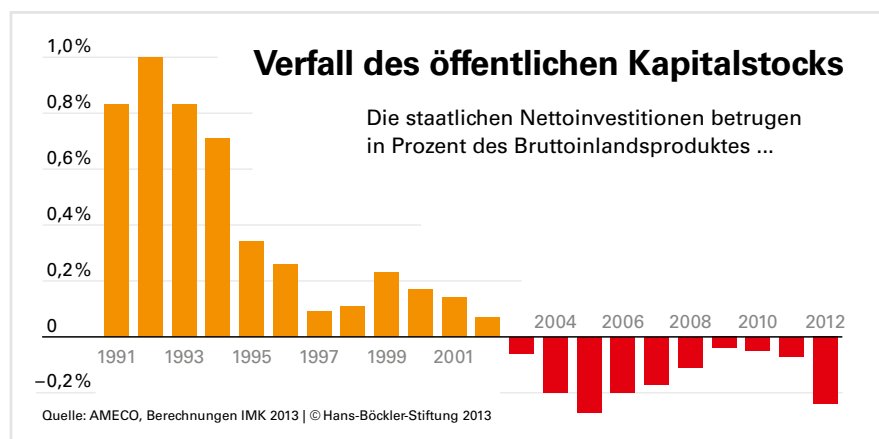
Die schwache Entwicklung der Reallöhne, die zeitweise sogar sanken, dauerte noch länger: bis 2009. Erst im bislang letzten Zyklus stiegen die Löhne auch nach Abzug der Inflation wieder, so die Wissenschaftler.

Die deutschen Exporte wuchsen in allen drei Zyklen kräftig, ganz besonders stark im ersten. Eine „Schwäche der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die angebotspolitische Maßnahmen zur Kostensenkung verlangt hätte, lässt sich hier also nicht erkennen“, stellen die Autoren fest. Und gesamtwirtschaftlich habe die Exportstärke die Verluste bei der Binnennachfrage nicht ausgleichen können.

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in allen drei Zyklen, die Arbeitslosigkeit sank. In Zyklus zwei und drei war die Entwicklung allerdings positiver als im

ersten. Es gebe Hinweise darauf, dass nach Einführung der Hartz-Reformen „die Effizienz der Arbeitsvermittlung und des gesamten Arbeitsmarktes zugenommen hat“. Allerdings sei dieser Effekt nur klein, betonen die Forscher. Deutlich stärker hätten sich vor allem im zweiten Zyklus die zur Krisenbewältigung gewählten Maßnahmen ausgewirkt, die eine vorsichtige Korrektur der einseitig angebotsorientierten Politik einleiteten: In der Wirtschaftskrise 2008/2009 betrieb die große Koalition mit Investitionspaketen und Förderung der Kurzarbeit eine aktive Konjunktur- und Beschäftigungspolitik. Und die Unternehmen nutzten gerade nicht die durch die Arbeitsmarktreformen erweiterten Möglichkeiten zur Entlassung. Stattdessen reduzierten sie die Arbeitszeit und konnten so erfahrene Beschäftigte halten. Die stabile Lage am Arbeitsmarkt und steigende Löhne stärkten wiederum die private Nachfrage, die im dritten Zyklus eine wesentliche Stütze der Wirtschaftsentwicklung bildet.

**Europäischer Vergleich: Deutschland holte erst durch Anti-Krisen-Kurs auf.** Der europäische Vergleich offenbart ein ähnliches Muster: Die Arbeitnehmerentgelte in Deutschland stiegen lange weitaus schwächer als im Mittel der EU. Gleichzeitig blieben auch das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung zurück. So nahm das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen 2000 und 2008 im Durchschnitt des Euroraums um rund 15 Prozent zu. In Deutschland waren es hingegen nur 11,5 Prozent. Trotz der massiven Expansion bei Minijobs und Leiharbeit stieg die Zahl der Erwerbstätigen



Staatstätigkeit ausgeübt hätte, wäre erfolgreicher gewesen, ergeben Simulationsrechnungen mit dem IMK-Konjunkturmodell: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung hätten stärker zugelegt als tatsächlich geschehen.

Die IMK-Forscher Alexander Herzog-Stein, Fabian Lindner und Rudolf Zwiener beginnen ihre Untersuchung im Jahr 1999, dem Start der Europäischen Währungsunion und der Reformen der damaligen rot-grünen Bundesregierung. Diese hatten einen klaren Schwerpunkt auf der Angebotsseite mit dem Ziel, die Kosten der Unternehmen zu senken, konstatieren die Forscher. Sie umfassten umfangreiche Steuerensenkungen, eine Rentennovelle, in deren Mittelpunkt die neue kapitalgedeckte „Riester-Rente“ stand, und die Hartz-Gesetze am Arbeitsmarkt. Daraufhin, so die Wissenschaftler, verstärkte sich der Trend zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen, auch der Niedriglohnssektor wuchs. Von 2003 an reagierte die Regierung zudem auf ein aufgrund von Konjunkturschwäche und geringeren Steuereinnahmen steigendes Staatsdefizit mit einem Sparkurs. Die Folge: Die staatlichen Nettoinvestitionen sind bis heute negativ.

Die Auswirkungen dieser Politik überprüft das IMK mit drei verschiedenen Instrumenten:

**Zyklusvergleich: Nachfrageschwäche in der Agenda-Zeit.** Die Forscher unterscheiden drei Konjunkturzyklen mit jeweils einem Auf- und Abschwung. Sie reichen von 1999 bis 2005, von 2005 bis 2009 und von 2009 bis Anfang 2013. Im Vergleich fällt nach der Analyse des IMK vor allem die



hierzulande lediglich um 2,5 Prozent. Im Euroraum-Mittel waren es 9 Prozent.

Verbessert hat sich die Entwicklung in Deutschland nach der IMK-Analyse erst, als die Wirtschaftskrise 2009 bewältigt wurde und danach die Löhne wieder etwas stärker stiegen. Allerdings holte nicht nur Deutschland auf – zeitgleich büßten vor allem die europäischen Krisenländer einen Teil ihrer Wachstums- und Beschäftigungsgewinne wieder ein. Die krisenhafte Entwicklung bei Handelspartnern innerhalb und außerhalb Europas minderte auch das deutsche Auslandsvermögen, sodass ein erheblicher Teil der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse keinen Gegenwert erzeugt hat. So war das deutsche Nettogeldvermögen im Ausland Ende 2012 um 409 Milliarden niedriger als die kumulierten Leistungsbilanzüberschüsse der Jahre 2000 bis 2012, hat IMK-Experte Lindner mit zwei Ko-Forschern errechnet.

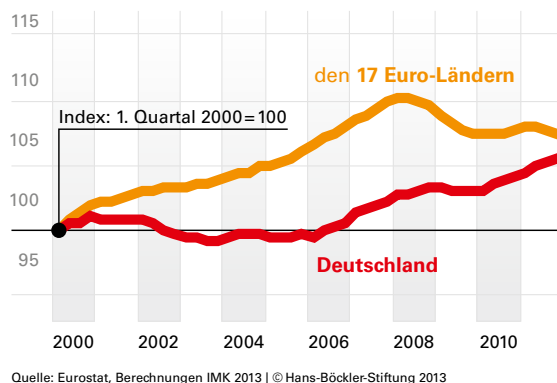
**Makroökonomische Simulation: Stärker nachfrageorientierte Politik hätte mehr Wachstum gebracht.** Wie hätte sich eine alternative Politik ausgewirkt? Das untersuchen die Ökonomen in Simulationsrechnungen mit dem IMK-Konjunkturmodell. Sie vergleichen die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung von 1999 bis 2011 mit drei Alternativszenarien.

**Szenario eins: Keine Exportnachfrage auf Kredit.** Es zeigt, wie abhängig sich Deutschland in den 2000er-Jahren von chronischen Leistungsbilanzüberschüssen gemacht hat. Dafür vollzieht das Konjunkturmodell alle Auswirkungen der Reformen nach, mit einem wesentlichen Unterschied: Was wäre geschehen, wenn ausländische Handelspartner nicht bereit gewesen wären, sich für den Kauf deutscher Waren zu verschulden? Wenn das Ausland stattdessen nur so viel abgenommen hätte, wie es selber in die Bundesrepublik liefern konnte? Das Ergebnis: Zwischen 1999 und 2011 wäre die deutsche Wirtschaft nicht gewachsen, was mehr als fünf Millionen Arbeitsplätze bedroht hätte. Deutschland hat also lange davon profitiert, dass die heutigen Krisenländer auf Kredit importierten – was längst für enorme Probleme gesorgt hat.

**Szenario zwei: Stärkere Lohnentwicklung.** Das Modell berechnet die Auswirkungen einer stärkeren Lohnentwicklung, die sich am so genannten neutralen Verteilungsspielraum orientiert hätte. Darunter versteht man die Summe aus dem längerfristigen Produktivitätswachstum und der

## Deutschland holt nach der Krise auf

Die Zahl der Erwerbstätigen entwickelte sich in ...



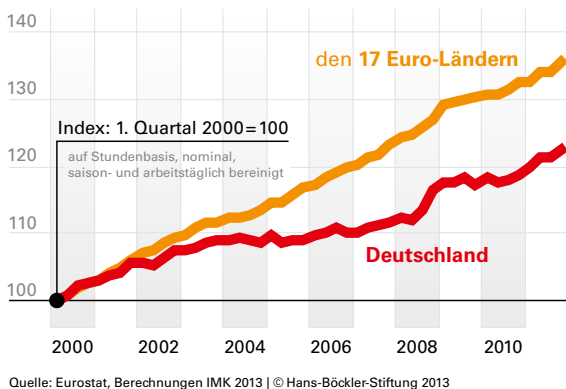
Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank: Insgesamt drei Prozent pro Jahr zwischen 1999 und 2011. Resultat: Die höheren Löhne hätten Beschäftigung und Wirtschaftswachstum genutzt, nicht geschadet. Die Volkswirtschaft hätte sich etwas besser entwickelt als in der Realität: Das BIP wäre nach 13 Jahren um 1,2 Prozent höher, was zu rund 400.000 zusätzlichen Jobs geführt hätte. Mindestens ebenso bedeutsam sind für das IMK zwei weitere Unterschiede: Die Einkommensverteilung wäre nicht so stark auseinandergedriftet. Und: Deutschland hätte einen kleineren Überschuss in der Leistungsbilanz aufgewiesen. Die Ungleichgewichte im Euroraum, eine wesentliche Ursache der Krise in der Währungsunion, wären also gar nicht erst so groß geworden.

**Szenario drei: Staat stabilisiert die Nachfrage.** In Szenario drei simulieren die IMK-Forscher ab 1999 eine Entwicklung, bei der die Löhne um jährlich drei Prozent gestiegen wären und der Staat zusätzlich seinen Konsum jeweils knapp unterhalb des nominalen Wirtschaftswachstums erhöht hätte – ohne allerdings die Steuern zu senken. Damit, betonen die Wissenschaftler, wäre eine durchaus konservative Finanzpolitik mit längerfristig konstanter Staatsquote verfolgt worden. Trotzdem hätte der Staat deutlich aktiver agiert als tatsächlich seit 1999 geschehen. Auch die Rentenreform mit Kürzung des gesetzlichen Sicherungsniveaus und Einführung der „Riester-Rente“ wäre unterblieben. Ergebnis: 2011 hätte das BIP um 6,5 Prozent über dem tatsächlich erreichten Wert gelegen. Dadurch wären insgesamt rund 1,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, auch Staatseinnahmen und Schuldenquote hätten sich positiver entwickelt.

Für die neue Legislaturperiode empfiehlt das IMK daher eine Wachstumsstrategie, welche die inländische Nachfrage auf zwei Wegen stärkt: Erstens durch einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn und eine gesetzliche Stabilisierung des Tarifsystems. Zweitens durch ein mehrjähriges Wachstumsprogramm, das höhere staatliche Investitionen und eine Stärkung des gesetzlichen Rentensystems umfasst. Zudem sei es wichtig, dass man den europäischen Krisenländern „keine Konzepte aufnötigt, die bei uns nicht funktioniert haben“, so die Forscher. ◀

## Deutschland: Löhne lange schwach

Die Arbeitnehmerentgelte in der Gesamtwirtschaft entwickelten sich in ...



\* Quelle: Alexander Herzog-Stein, Fabian Lindner, Rudolf Zwiener: Nur das Angebot zählt? Wie die einseitige deutsche Wirtschaftspolitik Chancen vergeben hat und Europa schadet, IMK Report 87, November 2013  
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

# Alle Jahre wieder: Tarifvertrag lohnt

Etwas mehr als die Hälfte aller Beschäftigten kann auch in diesem Jahr für die Weihnachtseinkäufe auf eine Sonderzahlung zurückgreifen. Bessere Chancen haben Arbeitnehmer mit Tariflohn.

Insgesamt bekommen rund 54 Prozent der Beschäftigten eine Jahressonderzahlung in Form von Weihnachtsgeld. Dies ergab eine Online-Umfrage des vom WSI-Tarifarchiv betreuten Webportals lohnspiegel.de.\* Rund 15.000 Arbeitnehmer haben sich daran beteiligt. Die Analyse zeigt: Eindeutige Vorteile bringt die Tarifbindung des Arbeitgebers. Beschäftigte, die nach Tarifvertrag bezahlt werden, erhalten zu 71 Prozent Weihnachtsgeld, Beschäftigte ohne Tarifbindung dagegen nur zur 41 Prozent. Auch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zahlt sich aus. 64 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder werden mit der Sonderzahlung bedacht, Nichtmitglieder nur zu 52 Prozent.

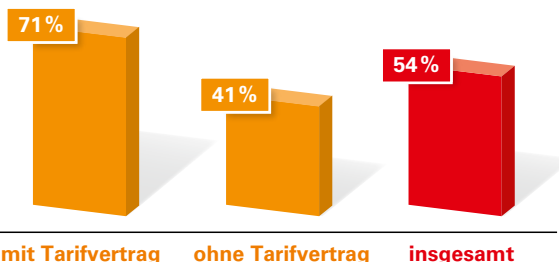
Große Unterschiede gibt es immer noch zwischen Ost- und Westdeutschland. 58 Prozent der Arbeitnehmer im Westen, aber nur 39 Prozent im Osten können sich über ein finanzielles Extra freuen. Auch ein befristeter Arbeitsvertrag wirkt sich nachteilig aus. Hier bekommen nur 45 Prozent Weihnachtsgeld, bei unbefristet Beschäftigten sind es 56 Prozent. Frauen haben ebenfalls schlechtere Chancen. 51 Prozent der Arbeitnehmerinnen erhalten eine Sonderzahlung, aber 57 Prozent der Arbeitnehmer.

Die geltenden Tarifverträge sehen in den meisten Wirtschaftszweigen ein Weihnachtsgeld vor, zeigt die Auswertung des WSI-Tarifarchivs. Zumeist beträgt es einen festen Prozentsatz des Monatseinkommens. Im Vergleich zu den Vorjahren haben sich diese Prozentsätze kaum verändert. Ein mit 95 bis 100 Prozent eines Monatseinkommens vergleichsweise hohes Weihnachtsgeld erhalten die Beschäftigten im Bankgewerbe, in der Süßwarenindustrie, in der westdeutschen Chemieindustrie sowie in der Druckindustrie. Darunter liegen unter anderem die Versicherungen (80 Prozent), der Einzelhandel West (62,5 Prozent) und die Metallindustrie (West: 55 Prozent, Ost: 50 Prozent).

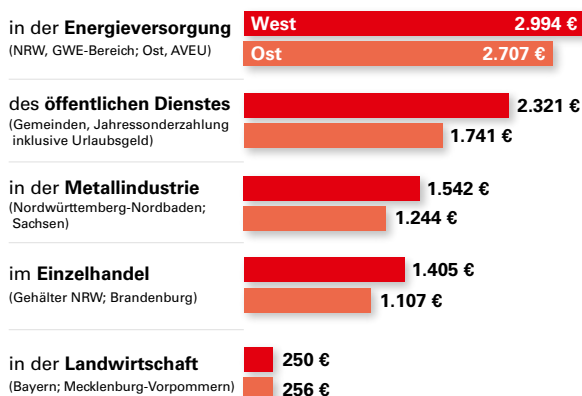
In vielen Branchen haben die Arbeitnehmer in Ostdeutschland mittlerweile gleichgezogen. Dennoch fallen die abso-

## Mit Tarif mehr unterm Christbaum

Weihnachtsgeld bekommen von den Beschäftigten\* ...



## Als Weihnachtsgeld erhalten Beschäftigte\*\* ...



\*Angaben von Beschäftigten, Erhebungszeitraum Juli 2012 bis August 2013

\*\*Stand 31.10.2013, mittlere Tarifgruppe

Quelle: WSI-Lohnspiegel, WSI-Tarifarchiv 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

luten Euro-Beträge in der Mehrzahl der östlichen Tarifgebiete niedriger aus. Die mittlere Vergütungsgruppe kommt in Westdeutschland auf Beträge zwischen 250 Euro für die Arbeiter in der bayerischen Landwirtschaft über 1.501 Euro für die Arbeiter im westdeutschen Bauhauptgewerbe bis hin zu 2.994 Euro für die Arbeitnehmer in der nordrhein-westfälischen Energieversorgung. Kein Weihnachtsgeld erhalten unter anderem die Beschäftigten im Bauhauptgewerbe Ost und im gesamtdeutschen Gebäudereinigerhandwerk.

Der Bund und die einzelnen Bundesländer haben die Sonderzahlung für ihre Beamten ganz unterschiedlich geregelt. Zum Teil ist das Weihnachtsgeld inzwischen in die laufende monatliche Besoldung integriert. Sachsen sieht für seine Staatsdiener keinerlei finanzielle Extras vor. ◀

\* Quelle: WSI-Tarifarchiv, Oktober 2013

Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

### Kurz gemeldet

**DEMOKRATIE:** Das Interesse an Politik wird stärker von der sozialen Herkunft beeinflusst als vom aktuellen wirtschaftlichen Status. Wie aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hervorgeht, sind Arbeitslose und Geringverdienner hierzulande zwar deutlich

seltener politisch engagiert als der Durchschnittseinwohner. Dies sei jedoch nicht direkt auf Jobverlust oder Einkommenseinbußen zurückzuführen. Vielmehr blieben politisch aktive Menschen auch dann aktiv, wenn sich ihre ökonomische Situation deutlich verschlechtert. Ein starker

Zusammenhang zwischen einer wirtschaftlich prekären Lage und geringem politischen Engagement lasse sich hingegen für arme bzw. arbeitslose Personen nachweisen, deren Geschwister ebenfalls stark von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen seien.

DIW, Oktober 2013

**EINKOMMEN:** Arbeitslosengeld I reicht oft nicht zum Leben, zeigen Berechnungen des IAQ. Knapp 20 Prozent der Männer und fast 45 Prozent der Frauen bekommen unter 600 Euro im Monat – weniger als der durchschnittliche Hartz-IV-Bedarf für Alleinstehende. IAQ, November 2013

Link zur Studie: [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

# Immer älter, immer weniger

**Der Staat ist längst kein Musterarbeitgeber mehr. Personalabbau, Überalterung der Belegschaften und zahlreiche Reorganisationsprozesse führen zu hohem Druck auf Beschäftigte. Folge: Der öffentliche Dienst zählt zu den Branchen mit den höchsten Krankenständen.**

Wegen Krankheit fehlte der durchschnittliche AOK-Versicherte 2011 an 11 Tagen im Betrieb. Beschäftigte der Bundesverwaltung kommen dagegen auf 19 Krankheitstage. Um Erklärungen dafür zu finden, haben Sebastian Brandl, Professor für Arbeitssoziologie in Schwerin, und der Politologe Bernhard Stelzl die neusten Studien zur Arbeit im öffentlichen Dienst ausgewertet.\* Ihre Gesamtschau zeigt: Von geruh-samen Tagen in der Amtsstube kann bei den meisten Staatsbediensteten keine Rede sein.

**Personalabbau.** Seit Anfang der 1990er-Jahre ist im zivilen öffentlichen Dienst mehr als jede zehnte Stelle weggefallen. Berechnungen des Finanzexperten Dieter Vesper ergeben, dass im staatlichen Sektor heute knapp 100.000 Stellen fehlen. Berücksichtigt man, dass rund ein Drittel der öffentlich Bediensteten in Teilzeit arbeitet, dürfte der zusätzliche Personalbedarf noch höher ausfallen. Auch wenn sich die Bedingungen in den verschiedenen Verwaltungen, in Schulen, Feuerwachen oder Krankenhäusern nicht ohne weiteres vergleichen lassen, konstatieren Brandl und Stelzl: „Der Rückgang der Beschäftigtenzahlen legt einen Anstieg der Belastungen nahe.“

**Junge fehlen.** Personal baut der Staat vor allem dadurch ab, dass er auf Neueinstellungen verzichtet. Entsprechend stieg das Durchschnittsalter im öffentlichen Dienst über den Wert der übrigen Erwerbsbevölkerung. 2010 lag es mit gut 45 um drei Jahre höher. Einer Prognose zufolge dürften 2020 bereits 42 Prozent aller Beschäftigten der Bundesverwaltung über 50 sein. Diese Entwicklung halten die Autoren aus zwei Gründen für problematisch: Erstens schlagen berufliche Belastungen bei älteren Beschäftigten häufiger auf die Gesundheit durch. Zweitens könnte der Staat Nachwuchsprobleme bekommen, wenn die nächsten Pensionierungswellen anrollen.

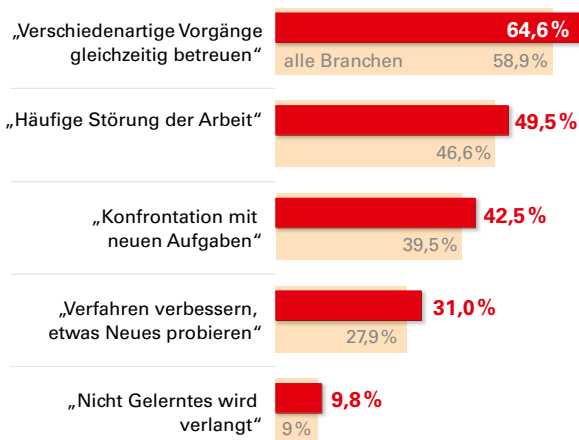
**Neue Arbeitsformen.** Billiger und bürgerfreundlicher sollte der öffentliche Dienst durch zahlreiche Umbauten in den vergangenen beiden Jahrzehnten werden. Für die Beschäftigten bedeutete das häufig „erhebliche Mehranstrengungen und Verunsicherungen“. Mit der Verwaltungsmodernisierung ging vielfach eine „erzwungene Subjektivierung der Arbeit“ einher, wie Soziologen beobachtet haben. Was zunächst gut klingt – größere Entscheidungsspielräume, weniger Detailvorschriften –, erweist sich im Alltag vieler Beschäftigter als erhebliche Erschwernis: Sie fühlen sich mit komplexen Entscheidungen und Problemen alleingelassen. Auch neue Ansätze zu leistungsorientierter Bezahlung scheinen nach Befragungen von Arbeitnehmern, Personalräten und Arbeitgebern nicht die erwünschten Erfolge zu bringen. Statt die Motivation zu erhöhen werden solche Instrumente häufig als Ausdruck eines Misstrauens des Arbeitgebers gegenüber der eigenen Leistungsbereitschaft wahrgenommen.

**Psychische Belastungen.** Die regelmäßigen Beschäftigtenbefragungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin weisen aus, dass einige Arten von Arbeitsanforderungen und entsprechende psychische Belastungen im

Staatsdienst ausgeprägter sind als in der übrigen Wirtschaft, etwa: ohne hinreichende Schulung neue Aufgaben übernehmen, Verfahren verbessern und vieles gleichzeitig machen. Die Folge sind überdurchschnittlich häufige Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Nervosität und Reizbarkeit. Da ältere Beschäftigte von solchen Symptomen öfter betroffen sind als jüngere, dürfte dies ein Faktor zur Erklärung der hohen Krankenstände in vielen öffentlichen Einrichtungen sein. Eine individuelle Strategie zur Bewältigung überfordernder Jobs ohne dauernde Krankheit kann Teilzeitarbeit sein. Zumindest für den Pflegebereich liegen Studien vor, die dies nahelegen: Die Arbeitszeit wird nicht nur aus familiären Gründen verkürzt, sondern auch um den Job überhaupt aushalten zu können.

## Multitasking belastet viele

Beschäftigte im öffentlichen Dienst geben als belastende Anforderungen ihrer Arbeit an ...



Quelle: BMAS, BAuA 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Zwar existieren beim früheren Musterarbeitgeber öffentlicher Dienst durchaus Programme zur betrieblichen Gesundheitsförderung, so Brandl und Stelzl. Allerdings handele es sich dabei regelmäßig um Parallelsysteme, „die nicht mit den Prozessen, der betrieblichen Arbeits- und Leistungsregulierung verknüpft sind“. „Verhaltensorientierte Maßnahmen“ gingen oft am „verhältnisorientierten Handlungsbedarf“ vorbei. Sprich: Sie setzen auf Ausgleichs- und Bewältigungsstrategien und nicht darauf, die Arbeit von Anfang so zu gestalten, das sie nicht krank macht. Dazu wäre allerdings vielerorts mehr Personal nötig. ◀

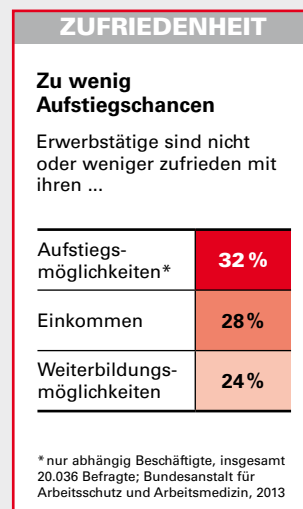
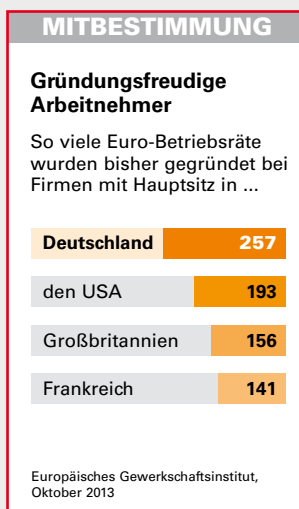
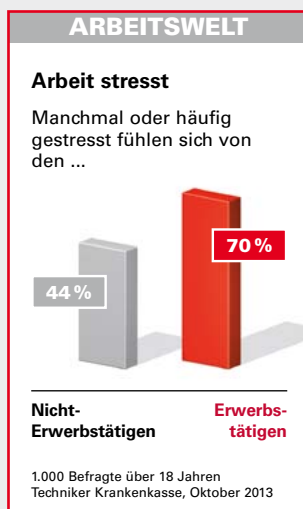
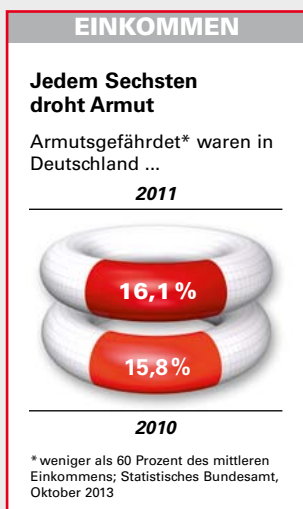
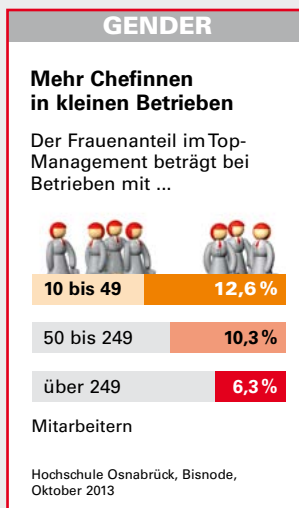
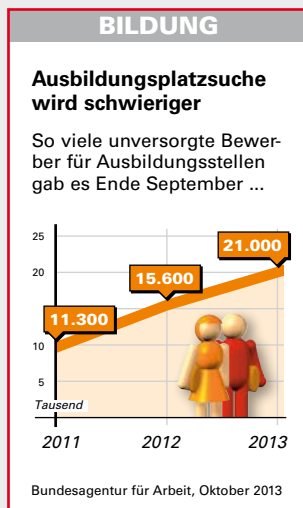
\* Quelle: Sebastian Brandl, Bernhard Stelzl: Arbeitsbedingungen und Belastungen im öffentlichen Dienst, Arbeitspapier der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 290, September 2013  
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## Impressum

**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);  
**Chefredaktion:** Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,  
 Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp  
 Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;  
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;  
**Druck und Versand:**  
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei  
 nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle),  
 weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben  
 unter boecklerimpuls.de

## TrendTableau



► **FISKALPOLITIK:** Im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise haben Konjunkturprogramme zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums eine Renaissance erlebt. Weiterhin umstritten ist, welche Methode am besten wirkt. IMK-Forscher Sebastian Gechert hat deshalb 104 Studien zum Thema statistisch ausgewertet, die von den 1930ern bis heute reichen. Wichtigstes

Ergebnis: Öffentliche Investitionen erweisen sich als wirksamste Waffe zur Belebung der Konjunktur. Im Vergleich liegt der Multiplikator öffentlicher Investitionen um 0,3 bis 0,8 Punkte über dem öffentlicher Ausgaben, sprich: Lenkt man 1 Euro der allgemeinen Staatsausgaben in öffentliche Investitionen um, steigt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 30 bis

80 Cent. Gibt der Staat den Euro nicht aus, sondern nutzt ihn für Steuersenkungen oder Transfers, sinkt das BIP um 30 bis 40 Cent. Die Ergebnisse spielen auch für die Haushaltskonsolidierung eine Rolle: Will man Staatsschulden senken, sind Steuererhöhungen weniger schädlich für das Wachstum als Ausgabenkürzungen. Zwar scheint die Wirkung staatlicher Maßnahmen über

die Jahrzehnte hinweg abgenommen zu haben. Dies gelte aber nicht in Krisenzeiten, gibt der Forscher zu bedenken. Fiskalpolitische Maßnahmen wirken dann etwa doppelt so stark wie in Normalzeiten. Das heißt auch: „Die Austeritätspolitik im Euroraum würde schädlicher wirken als bisher angenommen.“

Quelle: IMK Working Paper Nr. 117, September 2013

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 27. November

bestellen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)